

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1916 Nr. 234

Zweite Ausgabe

Jahrgang 209

Wegspende für Halle und Thurne 2 Hl. Durch die Post bezogen 2.25 Hl. für das Vierteljahr monatlich 1.00 Hl. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beleg: Gutsbesitzer (inkl. Hausbesitzer), 20. Unterhaltungsblätter (Sonntagsblätter), Landw. Zeitungen, Militär-Beleg, Bischöfliche Provinzialblätter, Kirchenblätter (für die junge Welt)

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62  
Telefon 7001 (mehrfach der Geschäftsstellen). Nach Geschäfts-  
stunde: Schriftleitung 5010, Geschäftsstelle 5008 und 5009  
Kaufmann: L. R. Dr. Metzold, Halle (Saale)

Freitag, 19. Mai 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung:  
Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurirt Nr. 6290  
Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

# Der Sieg bei Vielgerenth

## Die Erfolge in Oberitalien

### Italienische Vernichtungserfolge

Rugano, 18. Mai. Die italienischen Blätter veröffentlichen sehr wichtige Nachrichten über die österreichischen Erfolge an Trentino und wollen der öffentlichen Meinung glauben machen, daß die Zurücknahme der italienischen Truppen aus den unbehaltbaren Frontstellungen auf unannehmbar hohe Hauptstellungen und strategischen Geländen geschehen sei und höchste militärische Wichtigkeit bedeute. „Giornale d'Italia“, bekanntlich das offiziöse Blatt, kündigt sogar an, niemand dürfe sich wundern oder es vielleicht gar als eine schärfste Taktik bezeichnen, wenn die nächsten amtlichen Österreichische noch weitere Zurückbiegungen der Front meldet.

Berlin, 18. Mai. Ueber die Kämpfe in Oberitalien wird berichtet:

Im südöstlichen Tirol standen sich die Oesterreicher und Italiener in folgender Linie gegenüber: Norden des Garda-See — Mori — südlich Rovereto — Terragnola-Tal — Südosthang der Hochfläche von Vielgerenth (Polgaria) — Süd- und Osthang der Hochfläche von Sarca (Sopran) — Brenla-Zal (Salsugano) — westlich Borgo (südlich) — über den Monte Carlo etwa 5 Kilometer nordwestlich Borgo, von hier in allgemein nordöstlich verlaufender Linie. Bereits am 14. Mai abends zeigte die österreichisch-ungarische Artillerie an vielen Stellen dieser Front eine erhöhte Tätigkeit. Mit diesen feindlichen Schüssen des 15. Mai feierte im Westen Rovereto im zum Eintritte des Vielgerenther Passages ein vorzüglich liegendes Wirkungszentrum ein, das den Sturmtruppen zum Teil ein sehr wichtiges Vorgehen erlaubte. Die ersten Meldungen wurden, wie alle Meldungen betonen, unter außerordentlich geringen Verlusten für den Angreifer gemeldet. Südlich von Rovereto wurden im ersten Ansturm 30 Mann eines neuen, im Winter aufgestellten Regiments, das vorwiegend aus dem Rekrutenjahrgang 1896 bestand und schon erst an der Front eingetroffen war, gefangen genommen. Im Terragnola-Tal leistete der Feind in einzelnen Ortschaften neuerlich hartnäckigen Widerstand. Am Abend der Gegner getroffen und an vielen Stellen weit über seine erste Stellung hinaus zurückgedrängt. Die Beute des Tages betrug 65 Offiziere und über 2500 Mann Gefangene, 3 Geschütze, zwei Maschinengewehre. Am 16. Mai schritt der Angriff auf der ganzen Linie erheblich fort. Am Osthang der Hochfläche von Vielgerenth wurde eine Stellung genommen, die in einem vorzudringenden italienischen Divisionen als Hauptstellung bezeichnet wurde und dem Feinde ein sehr ärgerlich gehalten werden sollte. Im Terragnola-Tal fielen bisher hartnäckig verteidigte Stützpunkte. Auch am 17. Mai waren die österreichisch-ungarischen Truppen überall im Vordringen. Die Fortschritte betragen von den Ausgangspunkten bis zu 7 Kilometer Tiefe. Zeitweilen betreten die Sieger bereits italienischen Boden, an anderen Stellen nähern sie sich der Reichsgrenze. Nach den letzten Meldungen liegt die Gesamtbeute am 17. Mai bei 141 Offiziere, 6200 Mann, 17 Maschinengewehre, 13 Geschütze.

Um den Erfolg völlig würdigen zu können, muß man beachten, daß die Kämpfe im Gebirge stattfinden, mit Höhenunterschieden bis an 1000 Metern auf 1 Kilometer, daß dieses Gebirge zum Teil noch tief bedeckt ist und daß die Nachprüfung aller Geesbedürfnisse außerordentlich schwierig ist.

## Zwei weitere deutsche Dampfer versenkt

Stockholm, 18. Mai. Weiterhin nachmittags wurden noch zwei deutsche Dampfer durch ein U-Boot, wahrscheinlich die „Siga“ auf der Höhe von Landsort versenkt. Die „Siga“ auf der Höhe von Landsort wurde am 17. Mai nachmittags 20 Minuten nach dem Versenken mit Granatfeuer beschossen. Zwei Mann der Besatzung wurden leicht verletzt. Der Dampfer wurde danach torpediert und sank sofort. 13 Mann der Besatzung wurden von den schwedischen Dampfer „Sabra Sverige“ gerettet. Der Kapitän, der zweite Steuermann und noch zwei andere Mann wurden vermißt. Um 6,20 wurde der deutsche Dampfer „Bianca“ am gleichen Ort ebenfalls beschossen. Zwei Mann wurden leicht verletzt. Der Dampfer wurde torpediert und sank nach 20 Minuten. Der Kapitän wurde gefangen genommen, die Besatzung von der „Sabra Sverige“ aufgenommen. Sie ist heute früh in Stockholm eingetroffen.

„Dagens Nyheter“ teilt mit: Die Korpedition eines deutschen Dampfers „Gera“ fand ungefähr 25 Minuten südwestlich von Landsort 9 Uhr früh, durch ein russisches U-Boot statt. Die Besatzung erhielt Befehl, in 10 Minuten das Schiff zu verlassen. Der Dampfer sank nach 20 Minuten.

London, 18. Mai. Neuter. Der britische Dampfer „Mac Riegar“ wurde in der Nordsee versenkt. Ein Mann ist, zwei verwundet. Die übrigen wurden gerettet.

London, 18. Mai. „Rods“ meldet: Der französische Dampfer „Mira“ ist versenkt worden.

## Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 18. Mai. Amlich wird verlautbart:

### Italienischer Kriegschauplatz

An der süntaländischen und Kärntner Front war die Artillerietätigkeit meist durch Bodenbebel behindert. Südöstlich von Salsugano wurde ein Versuch der Italiener, ihre unläufig verlorenen Stellungen bei Salsugano wiederzugewinnen, abgewiesen. Im Col di Lana-Gebiet folgten wiederholte feindliche Angriffe.

In Südtirol nahmen unsere Truppen durch einen Angriff zwischen Mitan- und Lain-Tal (Mittal- und Leno-Tal) den ganzen Rücken des Maggion de Weis, bemächtigt sich nach Ueberwinden des Lain-Tales südöstlich Plater (Piazza) der Costa Bella und schlugen südlich von Woldere auf der Zugna Forta mehrere feindliche Gegenangriffe ab. Der geistige Tag brachte über 900 Gefangene, darunter 12 Offiziere, und eine Beute von 18 Geschützen und 18 Maschinen. wehren ein.

Die Berichte des italienischen Generalstabes vom 16. und 17. d. Mis. behaupten, unsere Verluste in diesen Kämpfen seien erheblich und unangehörig gewesen. Diese Angaben, die kein Grund der Kundgebung abzuweichen sollen, sind frei erfunden. Die Verluste des Gegners kann man nur schätzen, wenn man das Schlachtfeld behauptet. Die Italiener sind nicht in dieser Lage, dagegen können wir bei voller Wertung des Vortages jedes Einzelnen unserer Proven erklären, daß unsere Verluste dank der Geschicklichkeit unserer Infanterie, des mächtigen Schusses unserer Artilleriewerke und der Kriegserfahrung unserer Führung außerordentlich gering sind.

### Russischer und südöstlicher Kriegschauplatz

Nichts von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.  
v. Söfer, Feldmarschallleutnant.

## Das Steuerkompromiß

Berlin, 19. Mai. Die Beratungen der Präsidentschaft über das Steuerkompromiß sind, wie berichtet, gestern Abend zum Abschluß gekommen. Sämtlich abgesehen gegenüber den Kompromißverhältnissen verhalten sich nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Bezüglich der Stellungnahme des Bundesrates seien insbesondere von Bruns und Schöen sehr eingehende Gespräche zu übermitteln gewesen. Die bundesrätlichen Mitglieder hätten schließlich dem Kompromiß unter der ausdrücklichen Bedingung zugestimmt, daß es sich tatsächlich nur um eine einmalige Kriegsabgabe handele, daß die Bundesstaaten nach wie vor das gesamte Gebiet der direkten Steuern als dem einzelstaatlichen Zugriff vorbehalten ansehen, und daß dies nicht der letzte Eingriff des Reichs in die Steuerrechte der Bundesstaaten sein dürfe.

## Die Personalfragen noch ungeklärt

Berlin, 18. Mai. Nach einem Berliner Telegramm der „Halleschen Zeitung“ ist es möglich, daß die Entscheidung über die Personalfragen des Reichs über die Wahl des künftigen Reichsleiters der neuen Regierungsmittelzentrale nach der Abgabe dieser Woche fällt. Einmal feststehend läßt sich jedoch über den Zeitpunkt der neuen Ernennungen auch heute noch nicht sagen.

## Deutschland und die Niederlande

H Haag, 17. Mai. „Nieuwe Courant“ berichtet, daß er Gelegenheit hätte, mit Baron Gevers, der sich gegenwärtig in Haag aufhält, über das Interview zu sprechen, das der Vertreter des Berliner „Mitte des Abend-Blattes“ mit ihm hatte. Der „Nieuwe Courant“ erzählt darüber folgendes: es habe kein Interview stattgefunden, der Geheime habe gegenüber dem Journalisten, der eine Anzahl Fragen an ihn richtete (Wohlfahrt wegen des Wolffschen Berichtes über die „Lubantia“ eine Spannung zwischen den Niederlanden und Deutschland und hängt ihre Reise damit zusammen?) in Abrede gestellt, daß seine Reise auf irgend einen anderen als private Gründe zurückzuführen sei. Daraus habe der betreffende Journalist entnehmen oder entnehmen wollen, daß die von ihm formulierten und nach zu formulierenden Fragen absolut vernünftig beantwortet worden seien.

## Deutsche Bevölkerungspolitik nach dem Kriege

Von Dr. jur. et phil. Robert Piepenz.

Blamäßig und in der großzügigsten Weise muß geleitet von den öffentlichen Gevätern, dem Reich, den Staaten und nicht in letzter Linie von der Kirche, eine Gebung der Volkserziehung, eine Begünstigung der Geburtenfähigkeit in die Wege geleitet werden. Die Hauptaufgabe wird hierbei der Religion und der interprofessionellen Ethik zufallen. Fürwahr die Bevölkerungsförderung in erster Linie eine religiöse und ethische Frage! Nichts fennzeichnet so sehr die ganze Lage, als daß fast alle Schriftsteller über unter Problem zu dem Ergebnis gelangen, allen die Hilfe zur Religion und zu geistlichen öffentlichen Anstalten, die Befähigung und möglichste Zurückdrängung des vor dem betreffenden Volkstüm fast ganz unter Sinn und Trachten beherrschenden „individualistischen“ und des unbekümmerten „Sich-aus-Lebens“ könne Abhilfe schaffen. Nichts fennzeichnet aber auch weiter so sehr den Ernst der Lage, als daß fast alle, die sich vor dem Kriege zur Sprache äußerten, mehr oder weniger zweifelnd, ob diese durchgreifende Hilfe und Umwandlung unserer ganzen Lebensanschauungen möglich sein werde. „Gebung der Heiligkeit“, so sagt der Mediziner (preussische Kreisarzt) Dr. Borngräber in seiner Schrift „Geburtsrückgang in Deutschland“ S. 167, „auf jede nur denkbare Weise bei Kindern und Erwachsenen, Förderung religiös-sittlicher Lebensauffassung in freier Pflichtenfüllung kommt als Hauptmittel in Betracht.“ „Die Religion“, so urteilt weiter der bekannte Göttinger Nationalökonom Carl Odenberg in „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Band 32, S. 439, „ist nicht nur eine Macht über die Menschen, sondern sie ist auch eine Quelle der Kraft. Sie identifiziert den Gesellschaftstrieb und nicht zuletzt die reflexionsweise Entschlossenheit zur Überwindung einer großen Niederlage.“ Ganz ebenso heißt es bei Wolf a. a. O. S. 202: „Am meisten sollte nach den hier nachgelassen Untersuchungen von den Bestrebungen auf Erneuerung der Tradition, zumal durch die Mittel der Pflege der Heiligkeit, zu erwarten sein.“ Aber, so fügt er sofort zweifelnd hinzu: „die Chancen, der Waffe das rationalistische Argument zu entwenden, sind jedoch verhältnismäßig gering.“ Alle äußeren Mittel, mit denen die Geistesgebung des Reichs und der deutschen Einzelstaaten arbeiten können, bleiben notgedrungen — und seien sie noch so weitläufig — und großzügig an der Oberfläche der Dinge stehen. Ein Blick auf die Verhältnisse der altchristlichen Geistesgebungen, namentlich der „Lex Julia et Poppaea“ (I. n. Chr. Ges.) die im weitesten Maße namentlich im Christen die Familienbater gegenüber den Bräutlingen und kinderlosen Ehemännern begünstigte, und ein kurzer Hinweis auf die seit Jahrhunderten bereits gemachten Verluste des französischen Geistesgebetes genügen zur Erklärung unserer obigen Behauptung durchaus. Frankreich hat es an Mitteln und Anstrengungen aller Art, die dortigen trübseligen Verhältnisse gründlich zu beseitigen, wahrlich nicht fehlen lassen, aber, wie Julius Wolf a. a. O. sagt, „der Erfolg der darauf gerichteten Bemühungen war bisher höchst gering.“ Der französische Nationalökonom Debeauvoir sagt sein Urteil über die französische Geistesgebungen wie folgt zusammen: „Les lois en cette maniere sont sans force contre les moeurs.“ Eine interessante Bestätigung des Tages des alten Tacitus: „Plus valent bonae moeres quam honores leges.“

So sehr wir uns also vor einer Ueberdehnung der italienischen Geistesgebungen auf diesem Gebiete hüten wollen, so sehr dürfen wir aber auch andererseits ihren Einfluß nicht unterschätzen. Allerdings harmlos keine Palliativ- und Ersatzmittel, wie vornehmlich eine Beschränkung oder gar ein gänzlich Verbot des Verkaufs antikonzeptioneller Mittel und die neuerdings so lebhaft wieder von der öffentlichen Meinung geforderte Einführung der „Kugelfänger“, vermögen kann irgendwelche Abhilfe zu schaffen, sie freuen uns eher nur Sand in die Augen. Moches überdies man auch genöthigt die Kugelfänger. Ueber sie urteilt neuerdings der bekannte Senatspräsident am Berliner Oberverwaltungsgericht Struß, wohl der erste Steuer-

\*) Aus dem zweiten Heft des „Zürmer“ (Stuttgart, Gneiser & Pfeiffer). Dime in allen Einzelheiten mit dem Herrn Verfasser eingesehen, geben wir seine im übrigen sehr beachtlichen Ausführungen über die nationale Gesetzgebung des Gesundheitswesens in Deutschland und über die Mittel zu dessen Verbesserung ausgedrückt wieder.

# Deutscher Reichstag

Sitzung vom 18. Mai 1916.

Am Bundesratsstische: Kraetzle.  
Vizepräsident Dr. Baasche eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Die zweite Lesung des Etats wurde beim Postetat

fortgesetzt.

Hg. Dr. Dertel (Koni.) schloß sich dem Dank für die Postverwaltung und die Postbeamten an. Nicht nur im Felde, sondern auch dahinter haben alle ihre Pflichten besonders getan. Die zu Anfang des Krieges erhobenen Vorwürfe gegen die Postbeamten waren durch Umstände begründet, für die die Beamten nicht verantwortlich gemacht werden können. Jetzt seien diese Vorwürfe verflüchtigt. Auch die Ausbittlungsarbeiten haben durchaus ihre Schuldigkeit getan, insbesondere auch die Briefträgerinnen. Die Frauen hätten sich im Postdienst durchaus bewährt, so daß auch künftig auf sie nicht verzichtet werden sollte. (Hört, hört! links.) Der Postetat müsse in sich balanzieren, deshalb müßten die Postentnahmen erhöht werden. Es sei noch möglich, das Briefporto im Reichsbanknotenbereich von 5 auf 7 resp. 7½ Pfennig für Briefe bis zum Gewicht von 250 Gramm zu erhöhen. Dasselbe treffe auch für sonstige Gebiete des Posttarifs. Im Wohlwollen für die Postbeamten, namentlich auch für die Postboten, sei für die Reichstagszeit einig. Die Gewährung von Kriegszulagen für die unteren Beamten und für die Ausbittlungsarbeiten habe keine Partei für notwendig. Über die Vervollständigung der Postverwaltung durch die allgemeinen Finanzverwaltung zu beraten sei. Auch die Bezüge der höheren Beamten müßten erhöht und neue Stellen für sie geschaffen werden. Für die kinderreichen Beamtenfamilien müsse besonders gesorgt werden. Der Staatssekretär werde gerade als Jungvater ein warmes Herz für die kinderreichen Familien haben. Gegen wir unsere Anerkennung für die Postbeamten in die Tat um.

Hg. Dr. Braub (Deutsche Fraktion) äußerte aus, daß die Vorwürfe gegen die Postbeamten zum Teil wohl berechtigt waren. Ihre Tätigkeit sei aber durch die vielfachen Vorkämpfer behindert gewesen. Die Gewichtszugrenze für die Postbotenleistungen könne jetzt getrost erhöht werden. Bei den Beförderungsmitteln der Deutschen Postverwaltung in Belgien sollte die blamable und nicht die französische Sprache in den Vordergrund gedrückt werden. Den Gehaltswünschen der Postbeamten, namentlich der geübten Unterbeamten, hüde die Fraktion wohlwollend gegenüber.

Hg. Rubeil (Soz. A.-G.) meinte, die Postverwaltung, die früher nicht auf der Höhe gestanden habe, sei, was auch seine Partei anerkenne, bemüht, sich jetzt zu heben. Die Briefstellung in Berlin lasse aber noch zu wünschen übrig. Das Briefergebnis müsse unbedingt sichergestellt werden. Die Entschädigung bezüglich der Bahnen der Reichsbahn müsse jetzt angefallen werden, denn auf die Verletzung des Briefergebnisses gerichtet. Eruchen von Militärbehörden haben keine Folge zu leisten. Der Staatssekretär sei für alle diese Handlungen verantwortlich. Teuerungszulagen müßten unbedingt gewährt werden, denn schon jetzt litten viele Familien von Unterbeamten geradezu Hunger. Den Unterbeamten und auch den Gehilfen muß unbedingt ein einigermaßen ausreichendes Einkommen gesichert werden, wenn ihre Arbeitsleistung erhalten bleiben soll. Die einkommensschwachen Stellen vermehrt werden. Für eine Erhöhung der Briefgebühren sei seine Partei nicht zu haben.

Staatssekretär Kraetzle entgegnete, daß den Beamten eine Verletzung des Briefergebnisses nicht zum Vorwurf zu machen sei. Die Postverwaltung handle nur gesetzmäßig. Briefbeschlagnahmen erfolgten auch in Friedenszeiten. Erfreulicherweise habe es Herr Rubeil unterlassen, zwischen Unterbeamten und Beamten einen Unterschied zu machen.

Hg. Meyer-Serford (Nat.) meinte, daß nur eine Lösung der Strafen die betroffenen Beamten rehabilitieren könne. Nicht nur vergeben, sondern auch vergessen solle man die Strafen! Die Gehaltsaufbesserungen müßten baldigt erfolgen.

Hg. Stadthagen (Soz. A.-G.) führte aus, daß die Verletzung des Briefergebnisses auch auf Anordnung der Militärbehörden geschehen und strafbar sei. Ministerialdirektor Dr. Revald widersprach der Behauptung, daß die kommandierenden Generale mit der Briefkontrolle etwas Strafbares begännen. Unter dem Belagerungsstand seien eine Reihe von persönlichen Freiheiten aufgehoben worden. Auch das Reichsgericht habe sich für die Zulässigkeit der Briefkontrolle entschieden.

Hg. Stadthagen (Soz. A.-G.) behauptete, daß das Gegenteil von dem eben Gesagten richtig sei. Mit dem Belagerungsstand habe das Postgesetz nichts zu tun. Der Oberkommandierende habe nur Anordnungen zur Ausführung eines Gesetzes zu treffen, nicht aber zur Aufhebung eines Gesetzes. Die Bestimmungen der Preussischen Verfassung hätten keinen Einfluß auf die Reichsgesetze. Die Rechtsverletzung und die Strafbarkeit der Handlung läge klar zu Tage.

Ministerialdirektor Dr. Revald stellte fest, daß das Reichsgericht anerkannt habe, daß sehr wohl, wie in diesen Fällen, neues Recht geschaffen werden könne. Auch könnten einzelne Verfügungen getroffen werden. Unrecht sei es, ihm unlogische Folgerungen vorzulegen.

Hg. Stadthagen (Soz. A.-G.) meinte, daß es sich hier um eine offensiblere Rechtsverletzung handle, die alle Parteien treffen könne.

Damit schloß die Debatte. Die Entschuldigungen der Kommission auf Erhöhung der Bezüge der nicht einkommensmäßig angestellten Post- u. w. Assistenten, Gehilfen usw. sowie die Entschuldigungen auf Lösung der Strafen in den Personalakten wurden angenommen. Die sozialdemokratische Entschuldigungen auf Wahrung des Briefergebnisses wurde dagegen abgelehnt.

Der Etat wurde genehmigt.

Es folgte der

## Etat der Reichsdruckerei,

der ohne Zusatzprüfung angenommen wurde.

Dann folgte der

## Etat des Reichsanwalts des Innern.

Hg. Graf v. Helldorf (Koni.) berichtete über die Verhandlungen der Kommission, indem er namens des anwesenden

Staates das Bedauern über die Verhinderung des Staatssekretärs Dr. Revald und die Hoffnung ausdrückte, daß dieser bald wiederhergestellt werden möge, so daß er seine Tätigkeit wieder aufnehmen könne. Eine Reihe von Staatsbeurteilungen müßten noch aus der Debatte aufscheinen, so die Ernennungserörterungen. Neben jenen sollten auf die in der Kommission erörterten Fragen der Tätigkeit der Gewerbeinspektoren und der Beschäftigung von Frauen und Kindern ein.

Vizepräsident Dowe schloß vor, die Wohnungsfrage, die Genur- und Ernährungsfragen von der Debatte zurückzustellen.

Hg. Giesberts (Ztr.) legte dar, daß die Leistungen der deutschen Industrie auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft außerordentlich sind. Auch in den Friedenszeiten würde sie es verstehen, ihren Ruf in der Welt zu wahren. Die Textilindustrie befände sich infolge des Mangels an Rohstoffen in einer gewissen Notlage, jedoch ihr, namentlich auch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, vorzugsweise Beachtung zu schenken sei. Schmarzfabriken, daß nach dem Kriege eine Verärgerung eintreten werde, sei nicht gerechtfertigt. Regierung bestätigte es, daß das Reichsamt des Innern der wirtschaftlichen Annäherung der Mittelstände sein Augenmerk richtet. Darin liege auch eine Garantie für den sozialpolitischen Fortschritt. Auch der Erneuerung und Herstellung neuer Seefahrzeuge müsse größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es müsse anerkannt werden, daß die Landesversicherungsanstalten dank ihrer guten finanziellen Lage und dank des Kapitalanleihsystems in außerordentlich Weise zur Befreiung des Kriegsnotstandes mitgeholfen hätten, besonders dem roten Kreuz und der Kriegsbeschädigtenfürsorge hätten die erhebliche Dienste geleistet. Aufgabe der Gemeinden sei es, dem Wittelsland, den Handwerker, die ihre Ersparnisse vielfach aufgebracht hätten, entgegenzukommen.

Ministerialdirektor Dr. Caspar teilte mit, daß dem Wunsch des Vorredners, die Kriegsunterstützung für die Textilarbeiter, auf die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden, die Konfektion und die Säugenerbetreibenden, auszuweiten, bereits entprochen sei. Neben den Landesversicherungsanstalten habe auch die Reichsversicherungsanstalt für Privatangehörige ausgiebig Kriegsfürsorge betrieben, namentlich auf dem Gebiete der Tuberkulose und Geschlechtskrankheitsbehandlung.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr vertagt. Außerdem Genur, Kolonialetat. Schluß 6 Uhr.

## Wilson und der Papst

London, 18. Mai. Neuzer meldet aus Washington: Wilson hat das jüngste Telegramm des Papstes beantwortet. Obwohl die Beamten sich weigern, sich über das Schreiben auszulassen, wird doch nachdrücklich betont, daß der Gedankenaustausch nur wenig mit den Beziehungen zwischen Wilson und dem Papst zu tun habe. Es heißt, daß Wilson dem Papst mitteilt, es sei sein Wunsch, die Vereinigten Staaten außerhalb des Krieges zu halten; es werde alles getan werden, soweit es sich um die Wahrung der Ehre und des Rechtes der Vereinigten Staaten vereinigen ließe. Keine der beiden Mitteilungen sei bekannt gegeben worden.

## Wilson protestiert wieder einmal „sehr scharf“ gegen England

New-York, 18. Mai. (Hauptdruck des Vertreters des W. L. U.) „Affiliated Press“ meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung protestiert gegen die Behinderung des Postverkehrs von und nach den Vereinigten Staaten durch England vor, welcher von den antiligen Staaten als sehr scharf bezeichnet wird. Die Note, welche binnen kurzem abgehen soll, wird den Standpunkt einnehmen, daß die Vereinigten Staaten die Wegnahme und Festhaltung solcher Posten, besonders neuerer Herkunft oder Bestimmung, nicht länger dulden können. England wird verpflichtet werden, daß die Vereinigten Staaten es für eine gefährliche Notwendigkeit halten, daß das gegenwärtige Verfahren geändert werde. Die amerikanische Regierung erhebt Proteste von vielen Einzelstaaten und Firmen, welche durch häufige und lange Festhaltung von Posten geschädigt sind. Der Staatsminister Lansing erklärte ebenfalls, daß die Regierung es auch insofern bei, in der letzten Unterhandlung mit England auf dem Gebiete der Blockade zu bestehen, so würden die Verhandlungen doch in nächster Zukunft fortgesetzt werden. Er fügt hinzu, man würde größere Hilfe angewendet haben, wenn Deutschland sich entfallen hätte, darauf zu dringen, daß die Vereinigten Staaten sofort gegenüber England handeln (!).

## Der englische Luftdienst

Amsterdam, 18. Mai. Ein hiesiges Blatt berichtet aus London vom 17. d. Mts.: Am Unterhaus fand heute abend die Erörterung über den Luftdienst statt. Winston Churchill führte die Opposition und war der Regierung vor, daß sie die neue Waffe vernachlässigt hätte. Er sagte geradezu, daß die Regierung einen gründlichen Neugestaltung im Wege sei und forderte zum Schluß die Gründung eines besonderen Luftdienstes, Ministeriums. Bonar Law antwortete Churchill, Er fragte ihn, weshalb er ein Ministerium für den Luftdienst erst einige Monate, nachdem er aus der Regierung ausgeschieden sei, nicht habe. Churchill unterwarf ihm mit einer Bemerkung, daß er mit dem Premierminister über die Anwesenheit eines neuen Ministeriums gesprochen habe. Bonar Law antwortete rüchig: Ja, aber erst nachdem Sie zurückgetreten waren. Bonar Law betonte ferner, daß Churchill, der jetzt für einen einheitlichen Luftdienst eintrete, als Erster Lord der Admiralität einen besonderen Flugdienst für die Flotte eingerichtet habe.

London, 17. Mai. Unterhaus. Hinsichtlich der allgemeinen Lage des Luftkrieges sagte Lennox, daß die große Gefahr der Luftkämpfe von den Engländern genommen worden sei, die zwei Typen von Flugzeugen beschäßen, die schneller als irgend eine deutsche Maschine seien. (?)

Der Postholzwert an Deutsche Kriegsgefangene in Russland ist, wie uns die Kriegsgefangenen-Fürsorge in Göttingen, D. S. Schmeitzke Nr. 12 mitteilt, wieder aufgenommen. Es werden also Pösten an Deutsche Kriegsgefangene in Russland und Sibirien von heute ab wieder bei sämtlichen deutschen Postämtern angenommen.

schafftriker und theoretischer Preußens, in keinem anderen Maße „Bevölkerungsproblem und Junggeleiertensteuer“ (in der Reichs-Zeit „Recht und Wirtschaft“, 1916, S. 33 f.), der diesem Mittel ganz mit „Jug. höchstens eine minimale Wirtschaft zur Lösung der Geburtenrückfälle“ bezieht. „Die Auslastung, weniger Steuern zahlen an Brauden, oder das Verbot, wegen seines Kapitalvermögens oder der Kinderlosigkeit oder der Kinderarmut mehr Steuern zahlen zu müssen, wird nicht viele Schicksale zur Ehe bestimmen und nicht viele Ehepaare von einer Verheiratung der Kinder abhalten.“ Sollte zudem die Junggeleiertensteuer irgendwie ertragreich sein und den mit zahlreichen Kindern gesegneten Familienarten merkliche Erleichterungen gewähren, so müßte sie zudem ganz ungenießbar noch angelegt werden. Der ihr zu Grunde liegende und ihr dunkel hervortretende richtige Gedanke liegt in folgender Richtung, und in ihr muß er ausgebaut werden: Der gerechten Maßstabs für die Besteuerung durch Reich, Staat, Gemeinde und Kirche bildet die individuelle Vermögensfähigkeit. Höchst ungerecht ist die Fingabe der gleichen Quote des Einkommens, einerlei ob der Steuerpflichtige laien wir mit seinem Einkommen von 6000 Mk. nur sich selbst zu ernähren hat oder eine Frau mit 8 oder 4 oder gar noch mehr Kindern! Ganz schäblich ist dieser Gedanke der Berücksichtigung der verschiedenen individuellen Vermögensfähigkeit in den sog. „Kinderprivilegien“ (im § 9 des preussischen Einkommensteuergesetzes, § 19 Abs. 2 des preussischen Ergänzungsteuergesetzes und § 27 des Reichsteuergesetzes) und ihnen folgend in zahlreichen Steuererlassen anderer deutscher Bundesstaaten zum Ausdruck gekommen. Aber er bedarf dringend des weiteren Ausbaues. Einmal muß bereits die Gebrauch mitgezählt und ferner ein Unterschied bei der Anzahl der unterhaltensberechtigten Kinder gemacht werden: der Vater von 4 Kindern verdient mehr steuerliche Schonung als der von nur 2 Kindern und weniger wiederum als der von 6 Kindern! Hier muß der Gesetzgeber der Zukunft viel mehr vermehren und individualisieren! Zur Begünstigung der Geschicklichen wäre auch schon der vermögenslose Gemann vor der Erzeugung von Kindern steuerlich gesünder dem Junggeleierten durch Befreiung seiner Steuerquote besser zu stellen.

Es muß eben allenfalls in den künftigen und sonstigen öffentlichen Leben die Hebung des Wohlstandes durch normale Verhältnisse stets vorausgesetzt und ceteris paribus — der Gemann und Familienvater ein wertvolleres Glied der menschlichen Gemeinschaft bildet als der Gesogelose. Die Hebungsgang muß hervordringen, daß die Rücksicht und Erziehung von Kindern einen Dienst an der nationalen Zukunft unseres Volkes bedeutet, daß der Familienvater hierdurch zum Wohle des gemeinen Lebens schwere Lasten auf sich nimmt, und daß die bürgerliche Gesellschaft und der Staat in ihrem eigenen Lebensinteresse zur Honorierung dieser Dienstleistung zum mindesten moralisch verpflichtet sind. Diese moralische Verpflichtung gilt es in gewisser Weise in eine rechtliche umzusetzen! Weit wirksamere Mittel aber wären die planmäßige Beförderung der Landflucht und großzügige Binnenkolonisation. Denn wir haben bereits, wie verhängnisvoll der wahre Mangel der ländlichen Bevölkerung nach den Städten zuzusehen ist, in der Hauptstadt der stark deutsche Geburtenrückgang eine Folge des Gehirns, geistlicher, schmerzlicher Genussucht und arbeitsfähiger Egoismus und Subjektivismus! Die Städte sind, wie der Nationalökonom Kanien in seinem Können — leider viel zu wenig bekannnt — Buche „Die drei Bevölkerungsstufen“ (1889, billige Neuaufgabe 1915) überzeugend nachgewiesen hat, das Grab der Bevölkerung. In drei Generationen im Durchschnitt verbrauchen sie — wenn nicht immer von neuem der ländliche Zustrom einleitet — ihre Bevölkerung. Wie Kronos freilich sie ihre eigenen Kinder.

## Die Untersuchung des irischen Aufstandes

London, 16. Mai. (Heute.) Die mit der Untersuchung des irischen Aufstandes betraute königliche Kommission hat heute ihre Tätigkeit begonnen. Sir Matthew Nathan, der letzte Interferenz des Lord-Kanzlers, befehligte Organisation, Anzahl und Bewoosung der unheimlichen irischen Freiwillichen und erklärt, die Behörden hätten davon abgesehen, sie vor dem Aufstande zu entwaffnen, weil sie glaubten, daß dies notwendigerweise zu einem Bürgerkrieg und sonstigen Ausbruch einer Erhebung geführt haben würde, außerdem sei einer Entfremdung der Sympathien weiter Kreise der Ionen zu feren.

Die Nachricht, daß Aquith Mitglied des irischen Staatsrates wird, hat großes Aufsehen erregt. Er wird dadurch auch aktives Mitglied der irischen Regierung werden. Es ist das erste Mal, daß ein englischer Ministerpräsident Mitglied des irischen Staatsrates sein wird. Aquith wird nun direkt bei den Verwaltungsmaßnahmen eine Stimme haben und nichts unversucht lassen, die Lage des Landes zu bessern.

## Der englische Heeresbericht

London, 18. Mai. Amtlicher Heeresbericht: Heute fanden größere Artillerie- und Schillensartenkämpfe statt. Zwei Erkundungsaktionen der Goten sind abgefallen, wobei von Roumourt in die deutschen Gräben ein. In einem Graben wurden fünf Deutsche getötet. Drei mit Deutschen besetzte Unterstände wurden mit Bomben betreten und in die Luft gesprengt. Unsere Verluste sind leicht. Sämtliche Erkundungsaktionen sind zurückgegangen. Zwischen den Truppen und wurden 27 Luftschiffe getötet. Ein angegriffenes Militärflugzeug wurde schwer beschädigt bei Aile heruntergelassen, ein anderes wurde nördlich von Wirth in beschädigtem Zustande zur Landung gezwungen, ein drittes, das von einem unfer Beobachtungsfeld angegriffen worden war, wurde nicht über weiches ist nicht zurückgekehrt. Eine Erkundungsaktion, ein Beobachtungsfeld wurde ebenfalls vernichtet. Es gelangen viele erfolgreiche photographische Aufnahmen der feindlichen Artillerie.

## Die Operation an Gallien

Paris, 18. Mai. (Nachricht der Agence Havas.) General Gallien mußte sich heute aus einer Brust-Operation unterziehen. Die Operation wurde vom Professor Marzio ausgeführt und hatte vollen Erfolg.







